



Schwerpunktthema: Zivilgesellschaft bewegt
mit einem Gastbeitrag von Thomas Fatheuer |
Zivilgesellschaften in Zimbabwe, Peru und Ecuador |
außerdem: Geflüchtete in der Pandemie |
Neues Lieferkettengesetz

Ausgabe 22
März - Mai 2021



Vorwort: Afrikas demokratische Perspektiven

*Liebe Freund*innen des Welthaus Bielefeld,*



ist die westliche Demokratie lediglich ein europäisches mithin koloniales Politikmodell, das zum Beispiel den afrikanischen Staaten aufgezwungen wurde und nicht zur kulturellen und sozialen Tradition Afrikas passt? Mancher Regent in Afrika hat sich in der Vergangenheit die Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes mit eben diesem Argument verboten und auch bei uns haben manche »Postkolonialen« Kritik an einer Demokratie-verachtenden Regierungsführung in afrikanischen Ländern als eurozentristisch zu brandmarken versucht.

Zunächst kann festgestellt werden, dass der weitaus größte Teil der Afrikaner*innen sich für die Demokratie als Staatsform ausspricht. Laut Afrobarometer (Februar 2019) halten 68 % der befragten Afrikaner*innen die Demokratie inklusive Mehrparteiensystem für die beste Staatsform. Gleichzeitig aber äußern 57 % der Menschen Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie in ihrem Land die Demokratie politisch umgesetzt wird. Die kritischen Anmerkungen über Machtmissbrauch, Korruption, Unterdrückung der Opposition oder über eine unstatthafte Medienbeeinflussung der Wahlen durch die Regierungen in etlichen Ländern Afrikas werden also vermutlich von einem großen Teil der afrikanischen Bevölkerung geteilt.

Lange Zeit haben viele Forscher*innen vermutet, dass Entwicklung und ökonomischer Fortschritt quasi automatisch eine Abkehr vom Autoritarismus und ein Erstarren der Demokratie zur Folge haben. Doch die jüngsten Bestandsaufnahmen unterstützen eine solche optimistische Sichtweise eher nicht. Denn in etlichen Ländern Afrikas, etwa in Uganda, Tansania, Ruanda, stagniert der Demokratisierungsprozess, bleiben Präsidenten länger als in der Verfassung vorgesehen an der Macht oder bauen ihre Machtposition unter Verletzung demokratischer Spielregeln weiter aus. Auf der anderen Seite haben wir erfolgreiche Demokratiebewegungen – Sudan, Simbabwe, Angola, Gambia oder Äthiopien sind Beispiele –, die autoritäre Herrschaft beendet oder zumindest einen Machtwechsel erzwungen haben.

Die Demokratie-Bilanz für Afrika ist also bestenfalls ambivalent. Demokratie – nicht nur in Afrika – braucht Unterstützung, wenn sie nicht unter die Räder kommen soll, eine Aufgabe für die Zivilgesellschaft in allen Ländern der Erde. Richtig ist allerdings auch, dass in Afrika andere Formen der Konsensfindung und der Partizipation Tradition haben, die über eine »Wahldemokratie« hinausgehen, wie sie in den westlichen Ländern weithin gang und gäbe ist.

Georg Krämer ist Bildungsreferent im Welthaus Bielefeld.



»Dieses Jahr sterbe ich nicht«

Jair Bolsonaro war Außenseiter bei der Wahl in Brasilien. Dass er sie trotzdem gewonnen hat, hat viel damit zu tun, dass seine Kampagne ›Whatsapp‹ für Propaganda nutzte und damit viele Menschen erreichte. Doch Widerstand formiert sich. Von [Thomas Fatheuer](#).

Die Wahl Jair Bolsonaros zum Präsidenten Brasiliens im November 2018 war ein Schock für alle, die sich im Wahlkampf unter der Parole »ele não« (»Der nicht«) engagiert hatten. Das Undenkbare war geschehen, ein rüder, rechtsradikaler Populist, der aus seiner Bewunderung für die Militärdiktaturen und seine Verehrung für Folterer keinen Hehl machte, ist nun der Präsident Brasiliens. Der Wahlsieg hatte offensichtlich unterschiedliche Ursachen, die hier nicht analysiert werden können. Unumstritten aber ist, dass ähnlich wie beim Wahlsieg Trumps, die sozialen Medien eine entscheidende Rolle spielten.

Aber anders als Trump trat Bolsonaro als ein extremer Außenseiter des Systems an, der über keine etablierte Partei verfügte. Als Kandidat einer Splitterpartei hatte er demnach auch nur minimale Werbezeiten in Fernsehen und Rundfunk. Diese Werbezeiten galten bis zu den Wahlen 2018 als wichtiger Faktor für den Erfolg bei Wahlen. Hinzu kam, dass ins-

besondere der größte Medienkonzern Brasiliens, die Gruppe Globo, mit ihrem übermächtigen Fernsehsender von Anfang an zu den erklärten Feindbildern Bolsonaros und seiner Anhänger gehörten. Auch wenn sie seinen Wahlsieg durch eine jahrelange Kampagne gegen die Arbeiterpartei (PT) und ihre Präsident*innen Lula und Dilma Rousseff wohl den Weg bereiteten, gehörten sie im Wahlkampf nicht zu den Unterstützern Bolsonaros. Der Wahlsieg Bolsonaros ist damit eine historische Marke: Er wird ohne Fernsehen, ohne Presse errungen. Auch das ist durchaus anders als in den USA, wo Trump auf die Unterstützung des Fernsehsenders ›Fox‹ bauen konnte.

Bolsonaros Fake News-Kampagnen

Der entscheidende Game-Changer bei den Wahlen in Brasilien war wohl die Verbreitung von Texten und Bildern über ›Whatsapp‹. Auch wenn dies systematisch organisiert wurde, erweckten die

über ›Whatsapp‹ versandten Nachrichten immer den Eindruck einer persönlichen Ansprache und kamen oftmals von Freund*innen und Bekannten. Dabei spielte die skrupellose Verbreitung von Lügen (»Fake News«) und insbesondere von gefälschten Bildern eine entscheidende Rolle. Emblematisch dafür wurde das Bild einer Babyflasche mit einem Sauger in Form eines Penis. Auch wenn es sicherlich übertrieben ist anzunehmen, dass dies und andere Fälschungen entscheidend für den Wahlsieg Bolsonaros war, so ist doch unumstritten, dass dieser spezifische Gebrauch der sozialen Medien ein wichtiges Moment bildete. Ermittlungen haben inzwischen auch gezeigt, dass dies nicht auf spontaner Verbreitung in demokratischen Medien beruhte, sondern durch gezielte und bezahlte Kampagnen ermöglicht wurde.

Die traditionellen politischen Kräfte, wozu auch die Linke gehört, waren darauf nicht vorbereitet. Dabei hatten gerade progressive Kräfte lange Zeit einen ge-

wissen Protagonismus im Gebrauch der neuen Medien – oder sie nahmen zumindest an, ihn zu haben. Noch im Wahlkampf 2014 spielten linke Blogger*innen eine wichtige Rolle für den knappen Sieg von Dilma Rousseff. Aber auf die Welle von ›Whatsapp‹ mit schamlosen Lügen war man nicht vorbereitet. Dabei boomten spätestens seit den Massenprotesten von 2013 alternative Medien. Der Blog ›Media Ninja‹ wurde ein wichtiges Instrument für die Verbreitung alternativer Nachrichten und Bilder und die Blogger-Szene wurde vielfältiger, Blogs aus den Favelas bereicherten und diversifizierten die Medienlandschaft und nährten die Hoffnung auf deren Demokratisierung. Aber auf der anderen Seite lernten die Rechte und die Evangelikalen, die neuen Medien zu nutzen. Dabei war das dichte Netz in der Gesellschaft, über das die enorm wachsenden evangelikalen Kirchen verfügten, ein wichtiger Faktor bei der Verbreitung. Besonders diesen Akteur*innen gelang es, im Wahlkampf von 2018 neben der Korruption die sogenannte »moralische Agenda« zum zentralen Thema zu machen, also Fragen wie Legalisierung von Abtreibung, »Homohe« oder »Genderideologie«.

Widerstand formiert sich

Nun sind zwei Jahre Regierung Bolsonaro vergangen und die Bilanz ist bitter – da gibt es nichts zu beschönigen. Das sichtbarste Ergebnisse der Regierung Bolsonaro ist die Demontage der Umweltbehörden und damit das Ansteigen der Entwaldung, eine Zunahme der Polizeigewalt und eine beharrliche Weigerung, eine konsequente Politik der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu verfolgen. Bolsonaro hat die Gefahren systematisch heruntergespielt und damit insbesondere die indigenen Gruppen und die arme Bevölkerung weitgehend schutzlos der Epidemie ausgeliefert. Über 200.000 Tote sind die bisherige Bilanz dieser Politik. Bolsonaro erfüllt alle negativen Erwartungen und dies wird auch in deutschen Medien ausführlich und seriös dargestellt.

Aber Bolsonaro trifft auf Widerstand – und dieser wächst. Auf der einen Seite haben Parlament und Justiz eine Reihe von Plänen von Bolsonaro verhindert oder zumindest abgeschwächt. Zum anderen

aber haben sich Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen nach dem ersten Schock wieder aufgerichtet, so dass heute vielfältige Formen von Opposition gegen Bolsonaro und seine Unterstützer*innen nicht nur überleben, sondern auch eine neue Dynamik entfalten. Corona hat allerdings traditionelle Formen des Widerstandes wie Demonstrationen und Streiks im vergangenen Jahr nicht be-



günstigt. In dieser Situation und nach den Erfahrungen der Wahlen von 2020 kommt den Medien eine besondere Bedeutung zu. An zwei Beispielen sollen nun kurze Schlaglichter auf einige neuere Entwicklungen in Brasilien geworfen werden.

Influencer*innen gewinnen an Einfluss

Auf der Liste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt des US-amerikanischen Time-Magazins tauchen zwei Brasilianer auf: Bolsonaro und Felipe Neto. Letzterer ist Blogger und Influencer, davon gibt es viele, aber der Erfolg von Felipe Neto ist phänomenal. Sein Youtube-Kanal hat 40 Millionen Follower*innen, hinzu kommen 25 Millionen auf Twitter und Instagram. Felipe Neto ist nicht als politischer Youtuber aufgestiegen und er ist kein Linker. Aber mit dem Aufstieg von Bolsonaro politisierte er sich zusehends und wurde zu einer wichtigen, lauten und wahrgenommenen Stimme gegen Bolsonaro. Dies brachte ihm Hass, Morddrohungen und ein Gerichtsverfahren ein, aber Felipe Neto lässt sich nicht von seiner kritischen Haltung abbringen. Er verkörpert eher die Opposition der weißen Mittelschicht, der akademischen Jugend, der der reaktionäre Moralismus Bolsonaros, seine Leugnung des Klimawandels und der Coronagefahren fremd sind. Und auf Englisch wendet sich Felipe Neto

auch an ein Publikum außerhalb Brasiliens.

Eine ganz andere Form des Widerstands kommt aus der Peripherie der großen Städte und der vielfältigen LGBTQ*-Bewegungen, die trotz Repression und Bolsonaro an Sichtbarkeit gewinnen. Ein prominentes Beispiel dafür sind die Trans*-Sängerinnen Yup do Bairro und Linn da Quebrada, letztere durch einen prämierten Film der Berlinale 2020 auch in Deutschland präsent. Yup do Bairro stammt aus Capão Redondo, einem Vorort in der Peripherie von São Paulo, der als einer der gewalttätigsten Orte Brasiliens galt, und präsentiert damit neue Stimmen in der brasilianischen Kultur: Schwarz, aus der Peripherie und sexuell divers.

Der Hip-Hop-Sänger Emicida ist wohl der populärste Vertreter der kulturellen Neuerungen. ›The Guardian‹ bezeichnet ihn als einen der einflussreichsten kulturellen Akteure Brasiliens. Ausgehend vom aggressiven Rap hat er sich nun zu einem Botschafter der schwarzen Kultur in Brasilien entwickelt. 2019 setzte er mit einem historischen Konzert in dem barocken Theaterhaus von Rio de Janeiro ein Zeichen für die schwarze Kultur – und den Widerstand gegen Bolsonaro. Mit dem Refrain eines alten Liedes von Belchior hat Emicida wohl den Nerv der Zeit getroffen und singt die Hymne des Widerstandes nach zwei Jahren Bolsonaro: »Ano passado eu morri, mas esse ano eu não morro« – »Letztes Jahr bin ich gestorben, dieses Jahr sterbe ich nicht.«



Zum Autor:
Dr. Thomas Fatheuer hat Sozialwissenschaften und klassische Philologie in Münster studiert. Von 1992 bis

2010 lebte er in Brasilien. Von 2003 bis Juli 2010 leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien. Vorher arbeitete er in Projekten zum Waldschutz im Amazonasgebiet. Zur Zeit lebt er als Autor und Berater in Berlin und ist unter anderem im Vorstand des Brasiliennetzwerkes KoBra aktiv.

■ Filmtipp: Der Film AmarElo über Emicida ist auf Netflix (mit deutschen Untertiteln) zu sehen.



ZUBO-Mitarbeiterinnen verteilen Hygieneartikel an Frauen in einem Dorf.

Arbeiten auf dem Drahtseil

Die Zivilgesellschaft in Zimbabwe muss klug und geschickt ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung verteidigen. Wie ZUBO das schafft, berichtet **Monika Scheffler**.

Im Dezember 2020 hat der District Council von Binga – vergleichbar etwa mit einem Kreistag – eine Resolution verabschiedet, welche Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die als Trust registriert sind, die Arbeit im Bezirk Binga untersagt. Das betrifft auch ZUBO, die Partnerorganisation des Welthaus Bielefeld.

Obwohl es in Zimbabwe möglich ist, sich auf verschiedene Weise als NGO zu registrieren, als ›Private Voluntary Organisation‹ (PVO) oder als Trust, sind letztere der Regierung seit Langem suspekt. PVOs müssen sich beim Ministerium für Arbeit und Soziales registrieren, das überprüft, ob die Organisation nur ihre angegebenen Ziele verfolgt oder sie »parteiische« Arbeit leistet. In diesem Fall kann der Staat eingreifen, etwa indem er Vorstandsmitglieder entlässt oder gar die ganze Organisation auflöst.

Ist eine Organisation als Trust registriert, hat der Staat diese Eingriffsrechte nicht. Da in Zimbabwe aber NGOs generell verdächtigt werden, gegen die Regierung zu arbeiten, gilt dies für Trusts umso mehr. Im Oktober vergangenen Jahres erklärte Präsident Mnangagwa, dass die meisten NGOs im Lande außerhalb ihres Mandates und nicht in Übereinstimmung mit der Regierung arbeiten würden. Deshalb kündigte er eine Überarbeitung des geltenden PVO-Gesetzes an, das NGOs »aufmöbeln« und bestehende »Anomalitäten« korrigieren soll.

Der Chief Executive Officer des Rural District Council, der die Resolution in

Binga durchgesetzt hat, tat dies vielleicht schon einmal im Vorgriff auf zukünftige nationale Gesetzesänderungen. Nun kann ein Landrat nicht vorab entscheiden, ob eine NGO legal arbeiten darf oder nicht, sondern müsste die Gesetzesänderung erst einmal abwarten. Trotzdem wird die Arbeit von ZUBO dadurch erschwert.

Konsequenzen für ZUBO

Für erfolgreich arbeitende Organisationen, wie die Frauenorganisation ZUBO, ist der Umgang mit der herrschenden Partei in Zimbabwe oft ein Drahtseilakt. Denn einerseits versuchen Regierungsvertreter*innen von den Erfolgen der Frauen zu profitieren, indem sie sich gerne mit ihnen vor der Bevölkerung zeigen, wenn ein Projekt besonders gelungen ist. Andererseits wird der Erfolg einer NGO auch als Bedrohung verstanden, wenn diese als »parteiisch« eingeordnet wird. Und nicht zuletzt werden Begehrlichkeiten geweckt, wenn Gelder aus dem Ausland in Projekte fließen, auf die Regierungsvertreter*innen keinen Zugriff haben.

ZUBO erwägt nun eine Registrierung als PVO. Dann könnte die Regierung jedoch – wie oben beschrieben – Kontrolle über die Arbeit von ZUBO ausüben. Aber dem Druck nicht nachzugeben, würde eine erfolgreiche Arbeit für die Frauen in Binga vielleicht unmöglich machen. Zu abhängig ist ZUBO vom guten Willen der Behörden, die ja in der Regel von Vertre-

ter*innen der herrschenden Partei geleitet werden. Ein Beispiel dafür ist, dass ZUBO in der Corona-Pandemie ihre Präventionsarbeit in den Dörfern nur leisten durfte, weil ein Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde sie begleitet hat. Ansonsten hätte der Lockdown auch für die ZUBO-Mitarbeiterinnen gegolten. Die Frauen in den Dörfern wären nicht über notwendige Hygienemaßnahmen aufgeklärt worden und hätten keine Seifen erhalten.

Warum ZUBO in den Augen der herrschenden Partei »parteiisch« arbeitet, hat sicher etwas mit dem Ansatz der Frauenorganisation zu tun: Empowerment und Beteiligung sind ihre zwei grundlegenden Strategien. Dieses Selbstverständnis wurde stark von den Überlegungen des brasilianischen Befreiungs-Pädagogen Paulo Freire beeinflusst. Freire wollte die Menschen befähigen, ihre eigene Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. So ermuntert auch ZUBO die Frauen, sich zu organisieren und selbst aktiv nach Lösungen zu suchen, um ihre Lebensumstände zu verbessern. Aufgeklärte und aktive Bürger*innen, die nicht eindeutig pro Regierung sind, werden in Zimbabwe aber oft als potentielle Gegner*innen betrachtet.

Unterdrückung und Widerstand der Tonga

Ein weiterer Grund ist, dass die Geschichte von Zimbabwe, der erbitterte politische Machtkampf sowie die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen sich auch in

Binga spiegeln. Rosemary Cumanzala, Direktorin und Mitgründerin von ZUBO, und ihr Mann Fanuel Cumanzala kämpfen seit Jahrzehnten für die Rechte der Volksgruppe der Tonga.

Nach Fertigstellung des Kariba-Staudammes 1957 durch die Kolonialregierung, wurden die Tonga aus ihrer Heimat im Flusstal vertrieben, um dem Stausee Platz zu machen. 22.000 Menschen wurden teils gewaltsam weit ins Binnenland getrieben. Sie verloren ihre Lebensgrundlagen, den Fischfang und ihr fruchtbares Land am Fluss – ohne jede Entschädigung. Sie verloren auch die Gräber ihrer Vorfahren, welche die Basis ihrer spirituellen Identität bildeten. Der Kampf für Entschädigung, für die Rechte und Anerkennung der Kultur der Tonga dauert bis heute an.

Schon kurz nach der Unabhängigkeit Zimbabwes 1980 hat Fanuel Cumanzala begonnen, sich für die Rechte der Tonga zu engagieren und zu diesem Zweck mehrere Organisationen gegründet, die sich teilweise erbitterter Anfeindungen ausgesetzt sahen. Zuletzt wurde 2002 die Organisation Basilwizi gegründet. Seit 2007 waren Empowerment-Programme für Frauen ein großer Schwerpunkt von Basilwizi. Doch unter den Frauen entstand der Wunsch, mehr für das ökonomische Empowerment der Frauen zu leisten. So wurde quasi aus Basilwizi heraus 2009 ZUBO gegründet, mit Rosemary Cumanzala an der Spitze.

ZUBO steht damit in einer Folge von Organisationen, die sich erfolgreich für die Rechte der Tonga eingesetzt haben, die

als Gefahr für den Einfluss der Herrschenden gesehen wurden und dies, obwohl sowohl Basilwizi als auch ZUBO versuchen, wenn immer möglich mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten.

Bisher ist es ZUBO gelungen, trotz aller Schwierigkeiten, erfolgreich für die Belange der Frauen in Binga zu arbeiten. Wir sind zuversichtlich, dass ZUBO den Drahtseilakt wieder einmal schafft, ihre Arbeit mit maximal möglicher Unabhängigkeit fortzusetzen.

Monika Scheffler ist Mitglied der Hausgruppe Südliches Afrika im Welthaus Bielefeld.
www.welthaus.de/auslandsprojekte/zimbabwe

Umstellung auf agrarökologische Produktion

Unser neues Projekt im Nord-Osten Brasiliens soll die Ernährungssouveränität von Kleinbauernfamilien fördern. **Kristina Baumkamp** stellt das Vorhaben vor.

Wie schon im Vorgängerprojekt arbeiten wir auch jetzt mit unserem Projektpartner Associação dos Pequenos Agricultores do Estado de Espírito Santo (APAGEES) zusammen. Inhaltlich knüpfen wir an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre an. So haben seit 2016 über 370 Bauernfamilien begonnen, ihre landwirtschaftliche Produktion von Subsistenz mit konventioneller Landwirtschaft und Cashcrops – Kaffee, Pfeffer, Eukalyptus – auf den Anbau von frischen und biologisch erzeugten Lebensmitteln umzustellen. Sie konnten sich damit aus der Abhängigkeit von Zwischenhändlern, Monopolisten und Anbietern von Saatgut und Chemie lösen. Das Resultat ist eine Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und des natürlichen Wasserhaushaltes, eine Diversifizierung der Agrarprodukte und eine Steigerung der Einkommen.

Weitere Familien in anderen Gemeinden wollen nun ebenfalls ihre Anbaumethoden umstellen und benötigen dafür Beratung und technische Hilfe. Um eine nachhaltige Verbesserung der Einkommen zu erreichen, sind der Aufbau eines weiterverarbeitenden Betriebs und der Erwerb des brasilianischen Bio-Siegels elementar und damit ein Hauptziel des neuen Projektes. Denn Bioprodukte dürfen nur mit einer staatlich zugelassenen



Familien von MPA im Gespräch mit Konsument*innen aus Vitória über Anliegen der Kleinbauernfamilien.

Zertifizierung auf den Markt kommen. Etwa 450 Familien sollen ihre Bio-Produkte sodann an staatliche Schulen für die Zubereitung des Schulmittagessens sowie an Supermärkte und Restaurants liefern.

Auch 100 Konsument*innen der umliegenden Städte sollen Teil von lokalen Vermarktungsnetzwerken werden. Der direkte Kontakt und Austausch zwischen lokalen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen soll Verständnis dafür wecken, dass Bio-Produkte viele Vorteile haben, sie

durch die agrarökologische Herstellung jedoch teurer sind als konventionell produzierte Nahrungsmittel. Der direkte Kontakt soll eine zusätzliche Nachfrage für über das Internet zu bestellende Obst- und Gemüseboxen generieren, die eine zusätzliche Absatzmöglichkeit für frische Bio-Produkte darstellen.

Kristina Baumkamp ist Referentin für Auslandsprojekte im Welthaus Bielefeld.
www.welthaus.de/auslandsprojekte/brasilien



»Du bist nicht mein Präsident«

Wie eine von jungen Leuten bestimmte Bewegung in Peru einen politischen Umsturz rückgängig macht und ihren Kampf über soziale Medien organisiert, berichtet **Norma Driever**.

Anfang November 2020 wurde Perus Präsident Martín Vizcarra mit Mehrheit durch das Parlament wegen angeblich »moralischer Untauglichkeit« abgesetzt und Parlamentspräsident Manuel Merino wurde als neuer Präsident Perus vereidigt. Sofort gingen abertausende Menschen auf die Straße, die das als Putsch empfanden. Vor allem viele junge Leute zeigten ihre Frustration und Wut über die ökonomische und soziale Ungleichheit und darüber, dass ihre Bedürfnisse als junge Generation in keinem Programm der traditionellen Parteien auftauchten. Sie fühlen sich ignoriert und vernachlässigt.

Neben Schüler*innen, Studierenden, berufstätigen jungen Akademiker*innen, waren auch junge Berufstätige, die eine prekäre Beschäftigung ausüben, junge Arbeitssuchende und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Schichten, Herkünfte und Geschlechterorientierungen dabei. Diese Jugendbewegung mit überwiegend 16- bis 25jährigen hat es satt, immer wieder falsche Versprechungen zu hören. Sie sieht, wie die politische Klasse im Namen des Volkes für eigene persönliche und politische Interessen handelt und die Ressourcen Perus plündert.

Die »Generation 200 Jahre Unabhängigkeit« (in Erinnerung an die Unabhängigkeit am 28. Juli 1821) erlebt die wirtschaftliche und politische Instabilität zu einer Zeit, wo die Covid-19-Pandemie die größte Gefahr darstellt. Peru war im August 2020 weltweit das Land mit den mei-

sten Toten in Relation zur Bevölkerungszahl. Das und der politische Sturz des Präsidenten brachten junge Leute dazu, sich für die Verteidigung der Demokratie vor allem mittels sozialer Medien zu organisieren und zu erheben.

Die Demonstrationen gegen Merino wurden begleitet von Performances, Protestliedern und Kunstprojektionen, von Motorrad-Karawanen oder Sprechchören wie »NO Merino, du bist nicht mein Präsident« oder »Für einen demokratischen Übergang, legal und legitim – keine De-facto-Regierung«. Die Aktionen fanden nicht mehr im Zentrum Limas statt, sondern auf den Plätzen verschiedener Städte, Bezirke oder Provinzen.

Zentral ist für die »Generation 200 Jahre Unabhängigkeit« neben der Verteidigung der Demokratie auch eine Universitätsreform, die Bekämpfung der Korruption oder die Beendigung von Ungleichheit und Ausbeutung. Auch beklagt die Bewegung zunehmende Repression und Polizeigewalt, die sich bei den Demos wieder zeigte. Und sie fordert ein Referendum über eine neue Verfassung, die etwa die digitale Entwicklung, Umweltschutz und Menschenrechte beachtet.

Aufklärung über soziale Medien

Die Stärke der Bewegung sind die sozialen Medien, die raschen Austausch und Organisation der Proteste möglich machen. Dazu zählt auch die Suche nach Ver-

schwundenen und die Information über Polizeigewalt. Ein Beispiel dafür ist die Aufklärung der Morde an Jack Brian Pintado Sánchez (22 Jahre) und Jordan Inti Sotelo Camargo (24 Jahre) durch brutale Polizisten am 14. August in Lima.

Nach fünf Tagen jagte der Straßenprotest den De-Facto-Präsidenten und seinen Premierminister wieder aus dem Amt. Viele Influencer*innen begleiteten den Jugendkampf mit ihren Beiträgen. Bekannt wurde etwa der 16jährige Josi Martínez, der mit seiner Plattform mehr als 17 Millionen Anhänger*innen erreichte. Das Internet half auch einer feministischen Frauenbrigade, die sich im Netz über die Deaktivierung von Tränengasgranaten informierte. Dieses Wissen wandten sie an: in Schutzausrüstung während der Demonstrationen.

Mitte November wurde eine Übergangsregierung gebildet. Doch die »Generation 200 Jahre Unabhängigkeit« wird weitermachen.

Dr. Norma Driever ist Referentin für Peru im weltwärts-Programm. Eine Langfassung wurde im Newsletter 12/2020 veröffentlicht.

■ Das Straßenkinderprojekt Generación in Lima/Peru fördert und schützt die Rechte von Kindern und Jugendlichen, die Erfahrungen mit dem Leben auf der Straße haben. Mehr dazu www.weltwärts.de/auslandsprojekte/peru



Nationalstreik in Ecuador

Lioba Wintz war noch vor der Corona-Pandemie in Ecuador und wurde Zeugin von landesweiten Protesten. Gespräche mit Menschen vor Ort haben ihr geholfen, die Situation einzuordnen.

»El pueblo unido jamás será vencido« (Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden), diese Parole ist der Refrain eines bedeutenden, chilenischen Freiheitsliedes, das seinen Ursprung 1973 im Widerstand gegen die Diktatur Augusto Pinochets hat. Das Lied gilt als Hymne für den Freiheitskampf. Während der gewaltsamen Streiks im Oktober 2019 war die Parole dieses Liedes in Ecuador in aller Munde.

Harte Einschnitte per Dekret

Grund der Proteste, die vom 2. bis zum 13. Oktober 2019 anhielten, war das durch den Präsidenten Lenin Moreno angekündigte Dekret, welches unter anderem eine Streichung der Subventionen für Kraftstoffe, Lohnkürzungen und Stellenabbau für Beamt*innen, signifikante Reduktionen von staatlichen Zuschüssen und weitere Einschnitte beinhaltete. Die Regierung Morenos ging mit diesen Kürzungen auf Forderungen internationaler Gläubiger*innen sowie des Internationalen Währungsfonds ein.

Die Kürzungen der Subventionen auf Kraftstoffe führte dazu, dass die Benzinspreise um fast einhundert Prozent stiegen. Zudem verdoppelten sich die Preise für den öffentlichen Busverkehr. Nach der Verkündung des Dekrets war schnell eine Unruhe im Land zu spüren. Kurz darauf riefen die CONAIE (Konföderation der indigenen Bevölkerung), Gewerkschaften,

Arbeitnehmer*innenverbände sowie die Zivilgesellschaft zu einem Generalstreik auf unbestimmte Zeit auf. Hauptschauplatz der Proteste war die Hauptstadt Quito, in der Menschen aus verschiedenen Landesteilen teilweise in mehrtägigen Fußmärschen zusammentrafen.

Korruption als Hauptursache

Relativ schnell war mir klar, dass die geplanten Sparmaßnahmen massive Folgen für die ecuadorianische Bevölkerung haben würden. Hauptleidtragend war die indigene Bevölkerung, welche zum größten Teil in den Anden und im Regenwald Ecuadors angesiedelt ist. Viele von ihnen arbeiten im landwirtschaftlichen Sektor. Mit dem Anstieg der Spritpreise wäre es für landwirtschaftliche Produzent*innen unmöglich geworden, ihre Lebensmittel zu günstigen Preisen in den Städten zu verkaufen.

Da ich die Situation zunächst nicht direkt verstanden habe, bin ich auf verschiedene Menschen in meinem Umfeld zugegangen, um mehr über die Hintergründe zu erfahren. Der Politikstudent Carlos Collay, der als Vertreter seiner Gemeinde während der Proteste selber in Quito war, sieht langjährige Korruption – insbesondere im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen durch Minenkonzerne – als Ursache für die hohe Staatsverschuldung. Vor diesem Hintergrund werden die Sparmaßnahmen von

der betroffenen Bevölkerung als ungerecht empfunden, da die für die Korruption Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern von Polizei und Militär vor den Demonstrierenden geschützt werden.

Massive Gewaltanwendung

Dabei kam es zu einer gewaltsamen Eskalation der Proteste. Ich selbst habe während der Tage des Nationalstreiks viele Videos aus der Hauptstadt Quito oder anderen Großstädten gesehen, welche eine unverhältnismäßige Gewaltanwendung von Seiten der Sicherheitskräfte dokumentieren. Insgesamt kamen bei den Protesten mindestens acht Menschen ums Leben, darunter auch der indigene Politiker Inocencio Tucumbi, rund 1.500 Menschen wurden verletzt.

Nach zwölf Tagen des Protestes wurde das Dekret 883 zur Streichung der Subventionen für Kraftstoffe nach Verhandlungen zwischen CONAIE und Regierung ausgesetzt. Weitere Verhandlungen zwischen Zivilgesellschaft und Regierung folgten. Die ungeklärte wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation wird die kommende Regierung vor große Probleme stellen, insbesondere weil das Vertrauen der indigenen Bevölkerung in die Politik der Regierung erschüttert ist.

Lioba Wintz war 2019/2020 weltwärts-Freiwillige in Ecuador bei der Partnerorganisation »GAD Salinas de Guaranda«.



Geflüchtete in Zeiten der Pandemie

Eine weltwärts-Veranstaltung zur Corona-Situation in Südafrika beleuchtete Ende 2020 die Probleme betroffener Menschen. **Rike Falow** berichtete von der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten während der Pandemie.

Im Rahmen der Vorträge wurde schnell deutlich, dass vor allem die Ausgangssituation in den jeweiligen Ländern eine entscheidende Rolle für Möglichkeiten der psychosozialen Unterstützung von vulnerablen Gruppen während der Corona-Pandemie spielt. Während die Gruppe der Geflüchteten sowohl in Südafrika als auch in Deutschland bei der Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten in der Pandemie zu großen Teilen übersehen oder vergessen worden zu sein scheint, bringt dieses Vergessen-Werden in den beiden Ländern dennoch sehr unterschiedliche Konsequenzen mit sich.

Lockdown gefährdet die Grundversorgung

In Südafrika war ein Großteil der geflüchteten Klient*innen der Organisation ›Sophiatown Community Psychological Services‹ (SCPS) durch den strengen Lockdown nicht mehr in der Lage, ihrer Arbeit – dem Verkauf von Kleidung oder Lebensmitteln auf der Straße – nachzugehen und sich selbst zu versorgen. Die Betroffenen wurden von Unterstützungsangeboten der Regierung weitestgehend nicht erreicht

und waren somit akut von Obdachlosigkeit und Hunger bedroht. Neben der Tatsache, dass sich viele dieser Klient*innen in provisorischen Unterkünften mit anderen Familien kleine Zimmer teilten, wurden die Ausländerbehörden in Südafrika bis auf Weiteres geschlossen und die Betroffenen mit ihren abgelaufenen Aufenthaltsgestattungen sich selbst überlassen.

Aufgrund der akuten Notsituation in der Grundversorgung ihrer Klient*innen konzentrierten sich die Mitarbeiter*innen von SCPS in Südafrika insbesondere zu Beginn der Pandemie auf die Versorgung der Klient*innen mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln, um die größte Not zu lindern.

Demgegenüber ging es bei den Geflüchteten in Deutschland häufig eher um das Eingesperrtsein und die Isolation in überfüllten Flüchtlingsunterkünften, Informationsdefizite im Zusammenhang mit den Regeln zur Pandemieeindämmung sowie Schwierigkeiten und Unsicherheiten im Ablauf der Asylverfahren. Auch hier wurden Anhörungen ersatzlos abgesagt und viele Prozesse auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt, was bei den Betroffenen zu großen Verunsicherungen führte.

Ähnlichkeiten bei den psychischen Konsequenzen

Ähnlichkeiten gab es jedoch in beiden Ländern vor allem bezüglich der psychischen Konsequenzen für den Betroffenen. So konnten ansteigende Ängstlichkeit und Depressivität, die Reaktivierung traumatischer Erlebnisse aus der Vergangenheit – vor allem getriggert durch die erhöhte Präsenz von Polizei und Militär– und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen beobachtet werden, ebenso wie Gefühle der Hoffnungslosigkeit und der Einsamkeit, die unter anderem mit wiederkehrenden Suizidgedanken einhergingen.

Mit Blick auf die Frage, in welcher Form und ob Therapie und psychosoziale Unterstützung trotz Kontaktbeschränkungen überhaupt stattfinden können, spielten in Südafrika und in Deutschland sehr ähnliche Überlegungen eine Rolle: Die größte Herausforderung bestand darin, dass die Voraussetzungen für ein Online-Therapieangebot in der Regel nicht erfüllt werden konnten. Die Klient*innen hatten weder Rückzugsmöglichkeiten für ein persönliches Gespräch mit ihren Therapeut*innen, noch waren die benötigte Hard- und Software sowie eine stabile Internetverbindung für ein therapeutisches Gespräch per Video vorhanden. Sowohl in Deutschland als auch in Südafrika wurde improvisiert und alles darangesetzt mit den verfügbaren Ressourcen dennoch bestmöglich mit den Klient*innen in Kontakt zu bleiben. So gab es Telefonate, es wurden Briefe geschrieben, Lockdown-Aufgaben verteilt, es wurde kreativ gearbeitet und dort wo es ging, fanden Gespräche auf Distanz oder im Video-Format statt.

Kontakthalten als Ziel

Das Fazit blieb jedoch, dass zu diesen Zeiten kaum von therapeutischen Kontakten, sondern vielmehr von einer Informationsvermittlung und einem Kontakthalten die Rede sein musste. Oberstes Ziel war es an dieser Stelle, den Klient*innen zu vermitteln, dass sie eben nicht vergessen wurden und dass es weiterhin Menschen gibt, die für sie als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen, denen ihr Wohlergehen am Herzen liegt.

Rike Falow war 2016/2017 weltwärts-Freiwillige in Südafrika bei ›Sophiatown Community Psychological Services‹.

Ausbaufähiges Gesetz

Die Bundesregierung einigt sich auf ein Lieferkettengesetz. Welchen Wert der Kompromiss hat, erläutert **Georg Krämer**.

Am 12. Februar 2021 hat sich das Bundeskabinett endlich auf einen Gesetzesentwurf einigen können, der die Sorgfaltpflicht, Transparenz und Haftung von Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette regeln soll. Ein solches Gesetz war eigentlich bereits im Koalitionsvertrag (2017) vereinbart. Doch dass es überhaupt noch in dieser Legislaturperiode zu einer solchen Gesetzesvorlage gekommen ist, gilt als Erfolg, blockierten sich doch monatelang die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi), für Arbeit und Soziales (BMA) und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegenseitig. Bei aller Genugtuung über die Einigung in vorletzter Minute sollte allerdings auch nicht übersehen werden, dass der Gesetzesentwurf inhaltliche Mängel aufweist, welche die Wirkung des Lieferkettengesetzes einschränken könnten.

Ein Lieferkettengesetz, welches die Verantwortung von Unternehmen für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards entlang der gesamten Lieferkette festschreibt und damit auch auf Zulieferer ausdehnt, die an der Fertigung und dem Vertrieb beteiligt sind, war seit Langem eine Forderung zivilgesellschaftlicher Organisationen. 124 dieser Organisationen – darunter auch das Welthaus Bielefeld – haben sich in der »Initiative Lieferkettengesetz« zusammengeschlossen.

Aber auch mehr als 70 deutsche Unternehmen (darunter Epson, Hapag Lloyd, Kik, Rewe, Tschibo, Ritter Sport und Weldea) haben sich für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen, wollen nicht, dass sie Wettbewerbsnachteile hinnehmen müssen, wenn sie selbst soziale und ökologische Standards einhalten und andere Unternehmen diese schlicht ignorieren. Hinzu kommen weitere Akteure aus der Wissenschaft und aus der Politik (EU-Parlament), die eine gesetzliche Regelung für zwingend notwendig erachten. Und schließlich darf daran erinnert werden, dass gemäß einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung (InfraTest-Dimap vom 15.9.2020) drei Viertel der Menschen für ein Lieferkettengesetz votierten.

Die Beschlussvorlage vom 12. Februar ist ein Kompromisspapier, das einige



wichtige Anliegen der zivilgesellschaftlichen Akteure nicht berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die (zivilrechtliche) Haftung von Unternehmen, die durch ihr Verhalten Menschenrechtsverletzungen oder ökologische Schäden verursachen.

Dass diese Haftung aus dem Gesetzesentwurf herausgenommen wurde, reduziert die Verbindlichkeit der Sorgfaltpflichten nach Überzeugung der Initiative erheblich, verhindert einen einklagbaren Anspruch Betroffener zur Wiedergutmachung angerichteter Schäden. Gleichzeitig wurde der Geltungsbereich des Gesetzes auf Großfirmen beschränkt: ab 1.1.2023 Firmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten; ab 1.1.2024 Firmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten, was einen nicht unerheblichen Teil der deutschen Auslandsgeschäfte außen vorlässt. Positiv lässt sich hervorheben, dass Nichtregierungsorganisationen in Zukunft Klage im Namen von Betroffenen im Ausland erheben dürfen und dass Verstöße gegen die Pflichten aus dem Lieferkettengesetz mit hohen Bußgeldern geahndet werden können.

Ob das geplante Lieferkettengesetz tatsächlich etwas Positives bei den Arbeitsbedingungen und den ökologischen Standards bewirken wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die international tätigen Unternehmen ihrer Berichtspflicht nachkommen und ob das »Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle« – laut Hubertus Heil »eine Kontrollbehörde mit Zähnen« – tatsächlich einen kritischen Blick auf die Auslandsaktivitäten der deutschen Unternehmen haben wird. Die bisher so engagierte Zivilgesellschaft tut gut daran, solche Kontrollen einzufordern und auf eventuelle Gesetzesverstöße öffentlichkeitswirksam hinzuweisen.

Georg Krämer ist Bildungsreferent im Welthaus Bielefeld.

Hausgruppen im Welthaus Bielefeld



Ananse – support of people with special needs
Kontakt: Rüdiger Gailing | ☎ 0521. 801 633 2 | ✉ gailing@ananse.org

Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche
Kontakt: Erika Stückrath | ☎ 0521. 89 04 06 | ✉ ej.stueckrath@t-online.de

Burundi-Gruppe Kontakt: Mathias Ntiroranya | ☎ 05232. 42 77 | ✉ burundi@welthaus.de

Brasilien-Gruppe
Kontakt: Klaus Kortz | ☎ 0521. 988 198 5 | ✉ klaus.kortz@arcord.de

El Salvador-Gruppe
Kontakt: Heiner Wild | ☎ 0521. 13 27 41 | ✉ d-h-wild@web.de

Ecuador-Gruppe
Kontakt: Kristina Baumkamp | ☎ 0521. 986 48 54 | ✉ kristina.baumkamp@welthaus.de

Eritrea-Gruppe
Kontakt: Snash | ☎ 05251. 26748

Fairtrade-Gruppe
Kontakt: Stephan Noltze | ☎ 0521. 327 126 2 | ✉ fairtrade-bielefeld@posteo.de

FOKUS – Perusolidarität im Welthaus Bielefeld e.V.
Kontakt: Hermann Herf | ☎ 0521. 1093 26 | ✉ fokus.peru@welthaus.de

Gruppe Südliches Afrika
Kontakt: Gisela Feurle | ☎ 0521. 68 607 | ✉ gisela.feurle@uni-bielefeld.de

Korimá-Gruppe
Kontakt: Ellen Schriek | ☎ 0521. 10 40 48 | ✉ kontakt@korima.de

Kotoba-Äthiopien-Gruppe
Kontakt: Karin Gaesing | ☎ 05203. 3169 | ✉ karin.gaesing@web.de

Mexiko-Gruppe
Kontakt: Barbara Schütz | ☎ 0521. 9864 8 40 | ✉ barbara.schuetz@welthaus.de

Nicaragua-Gruppe
Reinhard Jenke | ☎ 0521. 88 06 19 | ✉ esteli-komitee@welthaus.de

open globe-Gruppe
Kontakt: ✉ open-globe.bielefeld@posteo.de

Woza-Chor
Kontakt: Christoph Beninde | ☎ 0521. 986 48 52 | ✉ christoph.beninde@welthaus.de

Das Welthaus Info erscheint vier Mal im Jahr. Freund*innen und Förder*innen erhalten es kostenfrei zugeschickt. Schutzgebühr: 2,50 Euro.

Herausgeber:
Welthaus Bielefeld e.V. (Hrsg.) August-Bebel-Straße 62,
33602 Bielefeld, fon 0521. 986 48 0 | fax 0521. 637 89
info@welthaus.de | www.welthaus.de

Redaktionsgruppe: Christian Glöckner (verantwortl.), Christoph Beninde, Cordula Helming, Holger Jantzen, Farina Kock, Uwe Pollmann, Beate Wolff

Außerungen unserer Autor*innen geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Redaktion macht sich Außerungen ihrer Autor*innen nicht zu eigen.

Layout und Satz: Manfred Horn

Druck: Umweltdruckerei, gedruckt auf Recycling-Papier

Fotos: S1: Mitte: pagina3, Flickr CC BY 2.0, Welthaus Bielefeld, S2: Marilia Castelloni on Unsplash, S3: Mitte: Loud Gold Flickr, CC BY-NC 2.0, unten: Thomas Fatheuer, S4: Zubo, S5: MPA, S6: Max Nina, S7: Carlos Collay, S8: Rike Falow, S10, S11 oben, S12: Welthaus Bielefeld, S11 unten: Pixabay.

Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Stiftung Welthaus Bielefeld im »Jahr der Maske«

2020 – welch ein Jahr. Wir werden es alle persönlich und als Welthaus-Stiftung in besonderer Erinnerung behalten, weiß **Christiane Wauschkuhn**.



Mitarbeiter*innen der von der Welthaus Stiftung unterstützten lokalen Organisation AKAM (auf der Bank rechts im Bild) führen, hier vor Corona, eine Lehrer-Eltern Versammlung durch, bei der über anstehende Aktivitäten der Schule gesprochen wird.

Das Jahr fing bereits schwierig an: Die erste Stiftungsratssitzung im März ist ausgefallen. Wir mussten uns mit den Bedingungen für die digitale Kommunikation erst vertraut machen. Das Vernetzungsseminar mit anderen Stiftungen im Mai: ausgefallen. Reisen in Zeiten von Corona – unmöglich! Die Veranstaltung »10 Jahre Stiftung Welthaus« im September: ausgefallen. Großveranstaltungen mit vielen Teilnehmenden waren nicht möglich.

Als dann auch noch die Weihnachtslotterie auf dem Bielefelder Weihnachtsmarkt abgesagt wurde, mussten andere Formate her. Schließlich will die Stiftung nach wie vor Projekte fördern. Im Jahr 2020 stand das Projekt »Schulen in Kotoba (Äthiopien)« im Mittelpunkt. Die Stiftung unterstützt dort den Bau von getrennten Mädchen- und Jungentoiletten, die Schulung des Lehrpersonals, den Ausbau der Schulbibliothek und Kauf von Lehrmaterial, die Renovierung und Ausstattung der vorhandenen Gebäude sowie die Aufklärung zum Umgang mit dem Corona-Virus.

Zur Information und Motivation potenzieller Spender*innen haben wir ein Video-Interview mit Karin Gaesing, der langjährigen Verantwortlichen der Äthiopien-Gruppe im Welthaus Bielefeld, produziert und veröffentlicht. Es wurde sehr deutlich, wie herausfordernd Bildung im ländlichen Raum des Projektgebietes ist. Deutlich wurde aber auch, dass Bildungsprojekte wie dieses nachhaltig sind und langfristig auch die Qualität der Lebensverhältnisse der Familien und der Region verbessern:

Auf Basis der Grundbildung finden Ausbildungen statt, die der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und damit der Einkommensverbesserung dienen.

Und am Ende des Jahres 2020 dann noch ein weiterer Lichtblick: Gemeinsam mit der Stiftung Solidarität und Radio Bielefeld konnte unsere Stiftung am Spendenstand am Alten Markt teilnehmen, für das beschriebene Projekt werben und Spenden sammeln. Das Ergebnis des Spendenstandes stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest, wird jedoch bald auf die bisherigen Spendeneinnahmen von 2.330 Euro hinzugerechnet. Herzlichen Dank an alle Spender*innen!

2021 – lassen wir die Maske fallen?

Leider nur im übertragenen Sinn. Die Gesichtsmaske wird uns noch länger begleiten, aber: Die Stiftung Welthaus Bielefeld steht weiterhin für Transparenz und Öffentlichkeit:

- Der Jahresbericht 2019 ist abrufbar über unsere Webseite.
- Das Förderprojekt 2021 ist diesmal ein Welthaus-Bildungsprojekt.
- Wir werden uns aktiv am digitalen Deutschen Stiftungstag 2021 im Juni beteiligen.

Dort diskutieren wir, wie Stiftungen gerade in Krisen aktiv werden können. Wie können die globalen Ziele einer nachhaltigen, gerechten und diversen Welt umgesetzt werden? Ist etwa in der Produktion lebensnotwendiger Güter die Globalisie-

rung überhaupt der richtige Weg? Welche Rolle können dabei die Zivilgesellschaft und insbesondere die Stiftungen spielen?

- Die Veranstaltung eines (digitalen?) Vernetzungsseminars mit regional vertretenen Stiftungen ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung, gemeinsam mit »Engagement Global« ist für September geplant.
- Die Teilnahme am nationalen »Tag der Stiftungen« am 1. Oktober 2021 wird vorbereitet.
- Und wenn möglich werden wir an der Bielefelder Weihnachtslotterie (November/Dezember 2021) teilnehmen.

Alle Aktivitäten orientieren sich an unserem Ziel: Wir setzen ein aktives Zeichen für eine solidarische und gerechte Welt! Dabei bildet unsere eigene Gesellschaft den zentralen Ausgangspunkt zur Herbeiführung von positiven Veränderungen in den Ländern des Südens, da unsere Lebensweise und das Konsumverhalten einen entscheidenden Einfluss auf das Leben der Menschen dort haben. Der Bewusstmachung dieser Zusammenhänge dient unsere Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Außerdem dient die Unterstützung unserer ausländischen Partner*innen in konkreten Projekten der Direkthilfe sowie dem Austausch zwischen den Kulturen dieser Welt. Wir wollen voneinander lernen.

Weitere Informationen zur Stiftung Welthaus Bielefeld: welthaus.de/stiftung-welthaus

Christiane Wauschkuhn ist Stiftungsratsvorsitzende der Stiftung Welthaus Bielefeld.

weltwärts: Einreise schwierig

Die ersten Freiwilligen haben ihr Visum für Deutschland in der Hand, andere warten vergeblich auf einen Visumstermin und wieder andere sind zur Zeit (Mitte Februar) von Einreiseverboten betroffen. Wir werden alle Freiwilligen dann empfangen, wenn ihre Einreise möglich ist. Gastfamilien, Mentor*innen und Einsatzstellen sind offen, uns in diesem Unterfangen zu unterstützen.

Termine für Ausreise 2021/22 unsicher

Bisher warten 49 Freiwillige auf die Ausreise im Sommer 2021, weitere befinden sich im Auswahlverfahren. Die Ausreise hängt von der Aufhebung der Reisewarnungen durch das Auswärtige Amt ab. Wir hoffen, dass die anlaufenden Impfungen dieses Vorhaben unterstützen und der Termin nicht zu weit nach hinten geschoben werden muss.



Länderfokusseminare

2021 sind zwei weitere Länderfokusseminare geplant: Ecuador und Nicaragua. Diese werden zwischen März und Mai in Präsenz oder digital stattfinden. Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch die Pandemie, sind noch keine Daten festgelegt. Weitere Infos folgen und können online unter welthaus.de/weltwaerts/rueckkehrarbeit eingesehen werden.

Videotreff für Interessierte

Kontakt zu halten in Corona-Zeiten – das ist eine ziemliche Herausforderung in unserer Arbeit, die vom Austausch und Begegnung lebt. Die Welthaus Info und unsere Online-Kanäle sind dabei neben den Mitgliederversammlungen wichtige Wege.

Jetzt kommt ein weiteres, ergänzendes Format dazu: ein informeller Austausch per Video-Konferenz für alle Ehrenamtlichen, Mitglieder und weitere Interessierte. Ein erster solcher Treff im Dezember kam gut an, gewünscht wurde eine Fortsetzung. Künftig dann jeweils zu einem ausgewählten, konkreten Thema oder Projekt aus unserer aktuellen Arbeit. So haben alle daran Interessierten die Möglichkeit, sich gezielt zu informieren – und wir haben mehr Zeit zum Austausch zu diesem einen Projekt.

Starten soll die zunächst alle drei Monate stattfindende Reihe mit dem Global-Goals-Radweg. Dafür wird Lara Bartels den Stand ihres Projekts vorstellen und Möglichkeiten aufzeigen, sich einzubringen. Am 7. April um 18:30 Uhr geht's los. Anmeldungen unter Lara.Bartels@welthaus.de.

Engagement und warme Füße



Mit selbstgestrickten bunten Socken und eigenen Karten als Weihnachtsgeschenk wollten Mutter und Großmutter Irmgard und Anne Bax unserer Vorstandskollegin Lina Bax das Welthaus unterstützen. Mit großem Erfolg! Die praktische Internationale Solidarität brachte 318 Euro ein, die dem Welthaus als Spende zugutekommen. Mit herzlichem Dank wünschen wir allen Käufer*innen wärmere Füße in diesem Winter.

Vielen Dank, Keith!



Dr. Keith Hamaimbo hat Ende Februar das Welthaus Bielefeld verlassen. Nach rund sechs Jahren hat er das ständige Pendeln zwischen Bielefeld und Hennef, zwischen dem Welt-

haus und seinen Kindern, beendet und wird in Bonn eine neue Stelle antreten. Keith war für uns und insbesondere für den Bildungsbereich ein Glücksfall. Mit seiner intellektuellen Kompetenz und seiner gewinnenden Freundlichkeit hat er viele Menschen erreicht, die seine Veranstaltungen – analog oder digital – besuchten, die seine Materialien über die »Errungenschaften Afrikas« mit Erstaunen zur Kenntnis nahmen, die seinen Film über Alltagsrassismus (»Ich gehe immer leise«) gesehen oder ihm zugehört haben, wenn er Musik machte und eigene Kompositionen zum Besten gab. Wir haben viel von ihm gelernt und sagen herzlich Danke.

Danke an unsere Praktikant*innen

- ➔ Julian Weber, freies Praktikum, 26.10.2020 - 29.01.2021 | [weltwärts](#)
- ➔ Helena Wilde, Anglistik und Literaturwissenschaften, Uni Bielefeld, 11.01. - 26.03.2021 | [Öffentlichkeitsarbeit](#)

Spenden für die Arbeit des Welthaus Bielefeld:

- Welthaus Bielefeld,
IBAN DE 91 4805 0161 0000 0908 94

Kontakt:

Welthaus Bielefeld e.V. |
August-Bebel-Str. 62 | 33602 Bielefeld
www.welthaus.de | 0521. 986 48 -0

- Öffnungszeiten Café Welthaus stets aktuell unter welthaus.de/cafe-welthaus

- Die Mediothek ist aktuell geschlossen. Es gibt die Möglichkeit der digitalen Ausleihe: eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/gesamt

Bestellung: mediothek@welthaus.de



Das Welthaus Bielefeld trägt das DZI Spendensiegel für sparsame Haushaltsführung und transparente Verwendung der Spenden.

Welthaus Bielefeld
August-Bebel-Str. 62 | 33602 Bielefeld



WIR SAGEN DANKE!

Danke – gerade auch im Namen unserer Partner*innen in Afrika und Lateinamerika – an alle, die unsere Arbeit im letzten Jahr unter Corona durch ihre großartige Unterstützung mitgetragen haben. Ihre Hilfe hat entscheidend dazu beigetragen, die Folgen der Pandemie abzumildern.